



VORARLBERG

Antrag 4

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 09. November 2016

Finanzpolizei erhalten und stärken!

Medienberichten zufolge wurde/wird im Finanzministerium laut darüber nachgedacht, die Finanzpolizei aufzulösen. Im Kampf gegen Sozialbetrug und Schwarzarbeit wäre das ein großer Rückschritt. Denn nur durch verstärkte Kontrollen kann Lohn- und Sozialdumping eingedämmt werden. Wer die Kontrollinstanz auflösen will, der schadet nachhaltig den österreichischen Klein- und Mittelunternehmen, die sich an die Kollektivverträge halten, und treibt so die Rekordarbeitslosigkeit nur noch weiter in die Höhe.

Kampf gegen Schwarzarbeit, gegen Sozialbetrug und illegales Glücksspiel – das sind im Wesentlichen die Aufgaben der Finanzpolizei. Dieser Kampf kann aber nur erfolgreich geführt werden, wenn entsprechend kontrolliert wird. Das ist sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch der Wirtschaft. Denn billige Arbeitskräfte aus dem Ausland, die in Österreich ihre Dienste anbieten, untergraben das Preisgefüge hierzulande und bringen vor allem Klein- und Mittelunternehmen in schwerste Bedrängnis. Diese können mit den ausländischen Anbietern preislich nicht mithalten, keine Aufträge lukrieren und landen im schlimmsten Fall vor dem Konkursgericht.

Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss für alle ArbeitnehmerInnen gelten. Um das sicherzustellen, sind auch entsprechende Kontrollen nötig – auch an den Wochenenden. Daher ist eine angedachte Auflösung der Finanzpolizei der absolut falsche Weg. Im Gegenteil: Zur wirksamen Bekämpfung von Schwarzarbeit, von Lohn- und Sozialdumping und von illegalem Glücksspiel muss die Finanzpolizei vielmehr aufgewertet und personell entlastet werden!

Die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert den Finanzminister auf, die Finanzpolizei als eigenständige Organisationseinheit zu erhalten und durch eine entsprechende personelle Aufstockung von derzeit 500 auf 1.000 Beschäftigte zu stärken.